

Öffentliche Erklärung: Austritt aus der Partei Bündnis 90/ Die Grünen

Vor 11 Jahren hat mich die Grüne Partei Hamburg als parteilose Kandidatin angeworben. Nach etwas mehr als einem Jahr Tätigkeit als Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft bin ich 2005 Mitglied geworden. Jetzt, nach 10 Jahren Parteimitgliedschaft, erkläre ich heute offiziell meinen Austritt aus der Partei Bündnis 90/ Die Grünen.

Die (Hinter-)Gründe dafür sind:

1. Der Landesvorstand hat wider besseren Wissens sowohl die Partei als auch die Öffentlichkeit getäuscht und belogen: Das grüne Schiedsgericht hat in seinem einstimmigen Beschluss vom 21.3.2015 den Antrag des Landesvorstandes auf Parteiausschluss gegen mich abgelehnt. Es hat damit klar zum Ausdruck gebracht, dass es keinerlei Zweifel an meiner Darstellung der Ereignisse sowie an meiner demokratischen Haltung hat. Trotzdem hat der Landesvorstand in einer Pressemitteilung vom 21.3.2015 erklärt, ich hätte mich *erstmal*s im Schiedsgerichtsverfahren von der „Türk Federasyon“ distanziert. Das ist falsch. Vielmehr erfolgte meine Distanzierung nachweislich bereits am 25.1.2015 und auch am 27.1.2015. Ferner behauptet der Landesvorstand in selbiger Pressemitteilung, dass ich *erstmal*s Fehler eingeräumt hätte. Auch das ist falsch. Ich hatte bereits am 25.1.2015 deutlich erklärt, dass es ein Fehler gewesen ist, nach Erhalt der Einladung zu der Veranstaltung der „Türk Federasyon“ am 18.1.2015 keine Rücksprache mit der Partei gehalten zu haben.

2. Meine Teilnahme an der Veranstaltung der „Türk Federasyon“ am 18.1.2015 selbst sehe ich nicht als einen Fehler. Es liegt mir fern, irgendwelche Organisationen zu verteidigen oder zu verharmlosen. Zumal ich immer wieder klar und deutlich erklärt habe, dass ich mich von der „Türk Federasyon“ und aller ihr nahestehenden Organe/ Organisationen distanzieren. Aber Entwicklungen hin zu mehr Demokratie müssen auch gewürdigt werden. Mehrere wissenschaftliche Gutachten von ausgewiesenen Historikern und Türkeiexperten (allesamt aus dem linken Spektrum) bestätigen, dass die Organisation und die ihr nahestehenden Organe schon lange nicht mehr als rechtsextrem bezeichnet werden können. Eine Parteiführung, die ernsthaft den Parteiausschluss damit rechtfertigt, dass nicht die objektive politische Bewertung, sondern vielmehr die öffentliche Wahrnehmung entscheidend sei,

hat für mich jegliches Demokratieverständnis verloren und betreibt reine Imagekosmetik. Zitat aus dem Schriftsatz des Landesvorstandes vom 20.3.2015, S. 9: *„Der Antragssteller vertritt daher die Auffassung, dass es überhaupt nicht darauf ankommt, wie nun die derzeitige Ausrichtung der MHP tatsächlich ist, sondern darauf, wie diese in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.“*

3. Der Landesvorstand verweigert den kritischen Dialog mit Andersdenkenden. So überlassen sie viele Menschen den ideologischen Rattenfängern. In Hamburg sind allein im letzten Jahr 60 junge Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, nach Syrien ausgereist. Von diesen sind 12 junge Menschen nicht mehr lebend nach Hamburg zurückgekehrt. Warum sind die Jugendlichen so empfänglich für radikale Botschaften und wie können wir sie wirksam vor diesen Gefahren schützen? Den Landesvorstand beschäftigen diese Fragen leider überhaupt nicht. Was und wo sind seine wirksamen Konzepte für gesellschaftspolitische Probleme wie die massiv zunehmende Radikalisierung?

4. Dem Landesvorstand war bekannt, dass ich bereits am 7. 1. 2015 in der Sendung „Nachgefragt“ auf Hamburg 1 erklärt hatte, dass ich keine Alternative dazu sehe, Menschen mit Argumenten für Demokratie zurückzugewinnen, weswegen ich auch den kritischen Dialog mit den Mitläufern bei Pegida befürworte. Das ist meine Haltung, die ich mit meinem Gewissen vereinbaren kann. Diese Haltung war dem Landesvorstand bekannt und hat zu keinerlei Diskussion oder gar Rüge geführt.

5. Eine Parteiführung hat eine Fürsorgepflicht ihren Mitgliedern und Kandidatinnen gegenüber. Statt seiner Fürsorgepflicht nachzukommen, hat mich der Landesvorstand mit gezielter Einflussnahme einer Situation ausgesetzt, die ich als öffentliche Steinigung empfunden habe. Zitat aus dem Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 26.1.2015:

„Wichtig sei es, gleich am Anfang hart zu sein, um sich dann nicht von der Presse in einer Salamtaktik vor sich her treiben lassen zu müssen. Das jetzt vereinbarte Verfahren muss bis zur Wahl durchzuhalten sein. Sollte sich herausstellen, dass keine Grundlage für Parteiausschluss besteht, dann wird dies das Schiedsgericht nach der Wahl feststellen und der LaVo wird sich entschuldigen.“

Bisher blieb diese Entschuldigung aus. Das ist nicht nur ein schlechter Stil, sondern auch ohne Anstand und politisch fragwürdig. Vor allem ist das Krisenmanagement der Partei(führung) menschlich unentschuldigbar:

6. Trotz meiner dringenden Bitte hatte die Partei in dieser für mich dramatischen Situation keine Zeit für ein persönliches Gespräch. Im Gegenteil: Ohne Anhörung, politische Prüfung und eigene Recherche beschließt die Parteiführung den Ausschluss eines langjährigen Mitglieds und Kandidatin ihrer Partei, nachdem sie versucht hat, es zum Mandatsverzicht zu nötigen.

Das Verhalten des Landesvorstandes hatte auch starke Auswirkungen auf meine Beschäftigung beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Hamburg, der den Grünen nahesteht. Es hatte zur Folge, dass mir nach vier Jahren erfolgreicher Arbeit gekündigt wurde.

Dem Landesvorstand spreche ich den Bezug zur Wirklichkeit ab, denn anders ist nicht zu erklären, warum eine Partei, die gerade für Streitkultur und Transparenz steht, in diesem Falle reflexartig jegliche Kommunikation verweigert. Der wirkliche Grund für das Vorgehen des Landesvorstands dürfte darin liegen, dass sich ihm eine Chance bot, sich einer Kandidatin zu entledigen, die man seit Jahren als zu kritisch und als Konkurrenz empfand.

Ich habe in dieser Partei viele Menschen kennenlernen dürfen, die ich sehr schätze. Viele von diesen sind inzwischen ausgetreten. Auch ich habe inzwischen die Hoffnung verloren, dass diese Partei noch Platz für kritische Stimmen hat. Ich will auch weiterhin nach meinem Demokratieverständnis mit allen Organisationen, die auf Basis demokratischer Grundwerte gewaltlos und mit demokratischen Mitteln arbeiten, den kritischen Dialog suchen und Demokratisierungsprozesse unterstützen. Statt mich gegen mein Gewissen verbiegen zu lassen, ziehe ich es vor, aus der Partei Bündnis 90 / Die Grünen auszutreten. Leider sehe ich keine Grundlage mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich werde zukünftig als partei- und fraktionslose Abgeordnete das Mandat, das mir die Wählerinnen und Wähler gegeben haben, nach bestem Wissen und Gewissen ausüben.

Hamburg, den 1. April 2015

Nebahat Güçlü